

4098 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Bundesrates

B e r i c h t
des Ausschusses für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

über den Beschluß des Nationalrates vom 9. Juli 1991 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem finanzielle Beziehungen zwischen dem Bund und der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft geregelt werden

Mit dem vorliegenden Beschluß des Nationalrates soll eine Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und der Österreichischen Industrieholding AG mit der Zielsetzung, den industriell bedeutendsten Teil des ÖIAG-Konzerns, die Austrian Industries AG, für Beteiligungen privater Investoren zu öffnen, bezweckt werden. So soll insbesondere ab dem Zeitpunkt, an dem die ÖIAG nicht mehr alleinige Aktionärin der Austrian Industries AG ist, die Refundierungsermächtigung des Bundes betreffend Ausgaben für Tilgungen und Zinsen im Zusammenhang mit den von der ÖIAG zur Finanzierung der ÖIAG-Unternehmen aufgenommenen Anleihen, Darlehen und Krediten gemäß den ÖIAG-Finanzierungsgesetzen in eine Refundierungsverpflichtung des Bundes umgewandelt werden, damit jede mögliche Beeinträchtigung der Ausgabe von Aktien der Austrian Industries AG vermieden wird.

Der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 11. Juli 1991 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 9. Juli 1991 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem finanzielle Beziehungen zwischen dem Bund und der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft geregelt werden, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1991 07 11

Irene Crepaz
Berichterstatte(r)in

Norbert Pichler
Vorsitzender